

Das Projekt der Zukunft: Der Kampf der Demokratien gegen die Autokratien

Von der Weltgesellschaft zum Kulturkampf

Gerd Weidenhausen

Politische Theorien haben in den USA, sofern sie deren Rolle in der Welt reflektieren, nicht nur einen analytisch-beschreibenden, sondern stets auch einen handlungsanleitenden Charakter. Dies gilt insbesondere für die Epigonen amerikanischer Politikberatung in Sachen Internationaler Beziehungen und Weltpolitik.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion, der als das Ende des Kalten Krieges und als Beginn einer Epochenwende im Lichte der sich nunmehr weltweit ausbreitenden Demokratie und freien Marktwirtschaft gefeiert wurde, versuchten eine Reihe maßgeblicher und einflussreicher Vordenker der amerikanischen Außenpolitik, ein Bild der »Neuen Weltordnung« und der Rolle der einzig verbliebenen Weltmacht zu geben, in welchem zum einen die Unverzichtbarkeit dieser Weltordnung behauptet, zum anderen aber auch die herzustellenden Bedingungen ihres weiteren Fortwirkens thematisiert wurden. Eine Sonderstellung unter den Theoretikern der Einzigartigkeit des amerikanischen Systems hatte Francis Fukuyama mit seiner These vom »Ende der Geschichte« inne, nach der mit dem Scheitern des historischen Projekts des Staatssozialismus und mit der anstehenden globalen Etablierung von Freier Marktwirtschaft und Demokratie die Geschichte als fortreibender Entwicklungsprozess an ihr Ende gekommen sei. Hintergrund dieser These ist eine Geschichtsauffassung, bei der die Geschichtsdynamik nicht vom freien Willen der Subjekte, sondern vom zwangsläufigen Wirken globaler ideologischer Widersprüche abhängt. Danach ist der Liberalismus mit seinen zwei tragenden Säulen von freier Marktwirtschaft und Demokratie das universelle Finale aller vorangegangenen und ein-

ander bekämpfenden Ideologien. Fukuyamas weltweit diskutierte und inzwischen obsolet gewordene Thesen wurden von ihm 1992 in dem Buch *The End of History and the Last Man* ausgebreitet, und sie lesen sich im Nachhinein wie eine Vorschau auf die vermeintliche Entwicklung einer global vernetzten Weltgesellschaft in der Clinton-Ära der 90er Jahre.

Die Idee einer Weltgesellschaft, in der globale Netzwerke und Massenmedien noch die entferntesten Gebiete der Erde erobern und in der die Standards des Welthandels vorherrschen, beflügelte die Träume der Apoleten der Globalisierung in der Clinton-Ära. Globalisierung war, so verstanden, mehr als eine wirtschaftliche Notwendigkeit auf dem Weg zum allgemeinen Wohlstand. Sie verstand sich auch als universales politisches und kulturelles Modell jenseits aller Raumgrenzen, kraft dessen sämtliche nationalen, kulturellen und ethnischen Schranken überwunden werden könnten.

Dieser Vision einer territorial entgrenzten und geschichtslos agierenden Wissens-, Kommunikations- und Weltgesellschaft, in der alle großen Widersprüche und Antithesen aufgehoben sind, widersprach 1993 der amerikanische Politologe Samuel Huntington mit seiner These vom unvermeidlichen »Zusammenprall der Kulturen« vehement: Danach bedeutet das Ende des Kalten Krieges keineswegs »das Ende der Geschichte« einer nunmehr friedvoll gewordenen Welt. Vielmehr komme es zwischen den nach wie vor bestehenden unterschiedlichen Kulturkreisen zu einem zwangsläufigen »Kampf der Kulturen«. Aufgrund der miteinander unvereinbaren Wertevorstellungen des Westens mit denen des islamischen und konfuzianischen Kul-

turkreises seien im 21. Jahrhundert Bruchlinien- und Kernstaatenkriege zwischen den konträren Kulturkreisen nahezu unvermeidlich. Aus Huntingtons Sicht impliziert Fukuyamas Ende der Geschichte einzig ein Ende der Gegensätze der klassisch politischen Ideologien, die im 19. und 20. Jahrhundert mit den bekannten schrecklichen Folgen virulent wurden. Infolgedessen sei für das 21. Jahrhundert nicht mehr die Frage nach der Alternative von Sozialismus und Kapitalismus auf der Tagesordnung, sondern die nach den Unterschieden von Religionen, traditionellen Werten, Sitten und Gebräuchen, wobei die eigene Identität nicht primär durch das, was man sei, sondern durch das, was man nicht sei, definiert werde. Schon an dieser Stelle wurden von Huntington der Kultivierung von Ressentiments Tür und Tor geöffnet. Der empirisch-wissenschaftliche Anspruch seiner 1996 in umfangreicher Buchform ausgearbeiteten Thesen vom »Kampf der Kulturen« wurde dann – einmal abgesehen von der Fülle der inhaltlich Fehler im Buch – schon durch die popularisierte Form der anschließenden massenmedialen Zurichtung seiner Theorie relativiert. Dazu kommt, dass sich diverse Islamisten diese These vom Kampf der Kulturen aneigneten. So konnte man den Eindruck gewinnen, dass erst Jahre nach deren Erscheinen dasjenige Wirklichkeit werden sollte, was Huntington als angeblich aktuell vorfindbare Situation beschrieb. Selten konnte an einer Theorie so klar studiert werden, wovon die kritischen Gesellschaftswissenschaften schon seit Jahrzehnten handeln: Wie Theorien zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden können.

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York erhielt die These vom Kampf der Kulturen dann eine scheinbar unumstößliche Evidenz und im darauf folgenden Kampf gegen den Terror eine im Sinne Huntingtons die westliche Identität wirkmächtig konstituierende Kraft. Zunehmend definierte man sich durch ein Feindbild: eben durch das, was man nicht ist. Überzeugend und nachhaltig ist diese Art der Identitätsbildung aus der Sache heraus natürlich nicht.

Im Nachhinein erscheint Huntingtons Theo-

rie, die als Bestandsanalyse und Vorblick auf das 21. Jahrhundert verstanden sein wollte, wie eine Vorschau auf die Bush-Ära, die nun zu Ende geht. Absehbar ist, dass die Ära des »Kampfes der Kulturen« und des »Kampfes gegen den Terror« ebenso verblassen wird wie das Schreckgespenst eines »Islamismus«, der in seiner Rückständigkeit und Disparität angeblich in der Lage sein soll, die westliche Zivilisation zu gefährden.¹

Vom Kulturkampf zur Geopolitik

Während Fukuyamas und Huntingtons Thesen ihren historisch begrenzten Geltungsanspruch trotz aller inhaltlichen Fehlerhaftigkeit erfüllt haben und zunehmend als hinfällig gelten können, hat hingegen Brzezinskis klassische Auffassung vom Handeln der Staaten überlebt und im beschreibenden wie strategischen Sinne eine gewisse Gültigkeit bewahrt: Bei genauerem Hinsehen hätte man schon in der »weltgesellschaftlichen« Clinton-Ära und in der »kulturkämpferischen« Bush-Ära einsehen können, dass sich in den ideologischen Verpackungen von Weltgesellschaft auf der einen und Kulturkampf auf der anderen Seite die Kontinuität alter, ganz gewöhnlicher Konkurrenz zwischen Nationalstaaten um deren raumausgreifende Einflussphären verbirgt. Die Globalisierung hatte keineswegs den Bedeutungsverlust von Raum und Territorium, von nationalstaatlicher Machtpolitik oder gar ein Ende der Imperien zur Folge, sie implizierte lediglich eine interne und externe Grenzverschiebung von militärischer, politischer und ökonomischer Macht, wie zum Beispiel die NATO-Ost- und EU-Erweiterung, aber auch die Verschiebung vom Produktions- zum Spekulationskapital deutlich machen konnte.

Es war nun Zbigniew Brzezinski, gegenwärtig Chefberater am »Center for Strategic and International Studies« der Georgetown Universität in Washington und maßgeblicher außenpolitischer Berater Obamas, der gegen den angeblichen Bedeutungsschwund von Raum und Territorium nach wie vor auf klassische geopolitische Analysen und Handlungsoptionen

setzte, wie sie in seinem 1997 erschienen Buch *Die Einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft* ausgebreitet sind.² Brzezinski hat diese geostrategischen Vorstellungen in seinem jüngsten Buch *Second Chance* von 2007 dahingehend konkretisiert und aktualisiert, dass sich der Schwerpunkt amerikanischer Außenpolitik schleunigst aus den Verstrickungen im arabisch-islamischen Raum befreien und auf die aufstrebenden Mächte Russland und China konzentrieren solle. Nach Brzezinskis Auffassung ist es an der Zeit, das russisch-zentralasiatisch-chinesische Bündnis der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) dadurch zu sprengen, dass man China durch verlockende Angebote aus diesem hinauskatapultiert, um es gegen Russland aufzustellen. Dasselbe gelte für Staaten wie den Iran oder Syrien, die man nicht, wie es fälschlicherweise die Bush-Administration getan habe, bekämpfen, sondern in ein Bündnis gegen Russland einbeziehen müsse. Wie in *Die Einzige Weltmacht* detailliert dargelegt, kommt dem Raum um das Kaspische Meer, in dem die weltweit zweitgrößten Gas- und Ölreserven lagern, für Brzezinskis Geopolitik eine zentrale Rolle zu.

Eine Vormachtstellung in dieser Region würde es den USA – vor dem Hintergrund ihres militärischen Einflusses auf die OPEC-Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Oman und den besetzten Irak und Afghanistan im Rücken – ermöglichen, ganz Eurasien, einschließlich Russlands und Chinas, in das Weltsystem USA zu integrieren. Dieses Weltsystem fungiert bei Brzezinski als »transeurasisches Sicherheitssystem«, sozusagen als Alternative zur UNO. Dieses könne erst dann errichtet werden, wenn der russische Einflussbereich zurückgedrängt und in einen amerikanischen umgewandelt würde.

Deutlich kann an diesen Überlegungen werden, welche geostrategisch bedeutsame Rolle Georgien und der Ukraine, aber auch dem Iran zukommen. Deutlich kann in diesem Kontext aber auch die Funktion der geplanten Raketenabwehr in Polen, Tschechien und diversen anderen Staaten an Russlands Außengrenzen werden, die eine nukleare Erstschlagkapazität Russland gegenüber ermöglichen soll, um dieses, wenn

nötig, politisch in die Richtung obiger oder ähnlicher Zukunftsprojekte hineinzudrängen. So gesehen ist der von den USA projektierte Raketenschirm die beängstigend wirksame, weil einschüchternde flankierende Maßnahme zu den gegenwärtigen und kommenden Destabilisierungen auf dem von Brzezinski anspielungsreich genannten »Eurasischen Balkan«, der die Staaten Ukraine, Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan, aber auch Aserbaidschan, Georgien und Armenien umfasst.

Eine neue Welt-Dualität oder: Alter Wein in neuen Schläuchen

Dass das »eurasische Schachbrett« in naher Zukunft in Rotation geraten könnte, dafür spricht auch der Tenor des neuesten Buches des bekannten neokonservativen Politologen und Vordenkers des Irakkrieges Robert Kagan. Dieser fungiert – als Pendant Brzezinskis im Falle Obamas – als außenpolitischer Berater des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mc Cain. Es ist schon recht erhellend, wenn Robert Kagan in seinem Anfang 2008 erschienenen Buch *Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?* einen »Militärkonflikt zwischen Tiflis und Moskau« für wahrscheinlich hält und »eine Besetzung der Ukraine und Georgiens durch russisches Militär« als Beginn einer völlig neuen Weltordnung, als ein »neues Zeitalter der Geopolitik« wertet. Die Hauptthese in Kagans neuestem Buch wirkt wie eine politologische Grundierung bzw. Legitimation von Brzezinskis konkreten geostrategischen Handlungsanleitungen: Danach wird das »Hirngespinnst« der »Idee einer echten strategischen Kooperation zwischen den USA und Russland oder den USA und China im Krieg gegen den Terror«³ von dem kommenden globalen Wettbewerb und »Schisma« zwischen den Autokratien und Demokratien abgelöst werden. Erstere seien durch ihre Kombination von offener Wirtschaft und geschlossenem politischen System nicht ohne Anziehungskraft auf die Staaten der so genannten Zweiten Welt, also die Schwellenländer. Die Autokratien, gegen die der künftige Wettstreit ausgefochten

werden müsse, sind für Kagan in den Staaten Russland, China und den Iran auch schnell ausgemacht, Staaten, die Huntingtons Feindbild Islam ersetzen, Fukuyamas Traum einer durch Demokratie und Wohlstand zusammengehaltenen Weltgesellschaft konterkarieren und die Konstruktion der Schurkenstaaten unter Bush als überflüssig erscheinen lassen könnten. Mit dem neuesten Konstrukt eines unausweichlichen Gegensatzes von Demokratien und Autokratien auf der Welt, in dem nicht mehr die kulturelle oder religiöse Zugehörigkeit, sondern die Regierungsform und politische Verfassung einer Nation den Ausschlag der Zugehörigkeit zu einem der beiden Lager geben soll, ist die Wiederkehr des Politischen angesagt. Nach dem Zwischenspiel einer mehr imaginierten als realen Weltgesellschaft und Globalisierung und dem Scheitern der neo-imperialen Politik Bushs scheint für die amerikanische Elite die Zeit gekommen zu sein, die angeschlagene moralische Glaubwürdigkeit und die Kräfte zehrende Überdehnung der Macht durch eine erneute vertiefte amerikanisch-europäische Zusammenarbeit auf Kosten des Kernlands Eurasiens, Russland, zu kompensieren. Der Ruf nach der Rückkehr des Politischen, das heißt nach starkem Staat und Militär, passt nahtlos zu den Reflexen, die die gegenwärtige Finanzkrise in den wiederholten Forderungen nach staatlicher Intervention und Machtkompetenz hervorgerufen hat. Es deutet sich, da die systemische Krise des ungezügelter Kapitalismus den Eliten schon seit längerem bekannt sein dürfte, ein unheimlicher Zusammenhang von Finanz- und Geopolitik an: Dabei droht der Griff nach der Vorherrschaft in Eurasien zum letzten Rettungsanker des sinkenden

Schiffs der Verheißungen des angelsächsischen Kapitalismus zu werden. Dann werden die Kosten und Folgen für Europa ebenso unberechenbar, wenn nicht noch unkalkulierbarer werden wie diejenigen der gegenwärtigen Weltfinanzkrise, die ihren Ausgangspunkt genauso in der »unverzichtbaren Führungsnation« hat wie die Geopolitik als Richtschnur künftiger Militäroperationen.

1 Wie wenig die Litanei vom Kampf gegen den Terror als oberste Richtschnur der Politik noch ernst genommen wird, zeigt eine kleine Episode, die der *Spiegel* (Nr. 40) von Bushs Auftritt auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen genüsslich im Artikel »Offenbarungseid« ausbreitet. Es sei daraus zitiert: »Es gibt Tage, da offenbart sich der Fall einer Weltmacht während einer Rede. Ein Gesicht kann alles erzählen, auch der Tonfall, der Text natürlich oder die Reaktion des Publikums. Könige und Kaiser klammerten sich schon an Vergangenes und erniedrigten sich öffentlich, diesmal war es nur ein US-Präsident. Oder was von dem noch übrig ist ... Er redete dann von Terror und von terroristischen Regimen und von jenen Regierungen, die den Terror unterstützen, angeblich. Er bekam nicht mit, dass die Delegierten vor und unter ihm die Köpfe schüttelten, dass sie grinsten und tuschelten ...«

2 Zur *Renaissance der Geopolitik* siehe DIE DREI, 4 und 5/2008, vom Verfasser.

3 Robert Kagan: *Die Demokratie und ihre Feinde*. München 2008, S. 93.

GERD WEIDENHAUSEN, geb. 1955. Studium der Diplom-Pädagogik und Kunsttherapie, seit 1988 Kunstlehrer der Freien Waldorfschule in Esslingen. Der Autor trat mit zahlreichen Essays zu außen- und innenpolitischen Fragestellungen hervor.

Kontakt: Evelyn.Weidenhaus@aol.com.